

CH_VB 88.409 vom 23. Juni 1988

Bundesverwaltung, 1988-06-23, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_88.409

FR: CH_VB 88.409 du 23 juin 1988

IT: CH_VB 88.409 del 23 giugno 1988

Volltext

Motion Berger 894 N 23 juin 1988 Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 25. Mai 1988 Rapport écrit du Conseil fédéral du 25 mai 1988 1. Der Bundesrat hat im Raumplanungsbericht 1987 auf die Probleme betreffend Ausscheidung, Erschliessung und Verfügbarmachung von Bauland sowie der Ausnutzungsziffern hingewiesen (BB119881936 ff., 960 ff.). Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat eine Expertenkommission eingesetzt, die den Auftrag hat, Revisionsvorschläge betreffend das Raumplanungsgesetz zu erarbeiten. Es wird ihre Aufgabe sein, die von der Motionärin aufgeworfenen Fragen zu prüfen. Insbesondere wird auch abzuklären sein, wieweit für die Lösungen kantonales oder Bundesrecht anzuwenden ist. Der Bundesrat wird über die konkret zu unternehmenden Schritte im Raumplanungsrecht nach Vorliegen des Berichts der erwähnten Expertenkommission entscheiden. 2. Der Bundesrat ist nicht der Ansicht, dass die im Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) enthaltenen Bestimmungen zur Nutzbarmachung der Vorsorgegelder für das Wohneigentum gänzlich wirkungslos sind. Immerhin kann die Hälfte des obligatorischen Anspruchs auf Altersleistungen in Kapitalform vom Versicherten für das selbstbenutzte Wohneigentum bezogen werden, auch wenn das Reglement darüber nichts oder Gegenteiliges bestimmt. Dieser Anteil dürfte mit der Zunahme der Altersguthaben in Zukunft doch einen ansehnlichen Betrag ausmachen. Ferner können die künftigen Altersleistungen im obligatorischen Bereich verpfändet werden, allerdings mit der bekannten Schwierigkeit, dass dieses Pfand angesichts der Unsicherheit über den Eintritt des Altersleistungsfalls nicht sehr attraktiv erscheint. Hingegen stimmt der Bundesrat der Motionärin insofern zu, dass diese heute bestehenden Möglichkeiten des BVG zur Wohneigentumsförderung, gemessen an den realen Bedürfnissen und den tatsächlichen Gegebenheiten ungenügend sind. In diesem Sinn hat denn auch die Eidgenössische Kommission für die berufliche Vorsorge dem Bundesrat sowohl für den Bereich der zweiten als auch für denjenigen der dritten Säule die Schaffung bzw. Aenderung der einschlägigen Bestimmungen empfohlen. Eine Arbeitsgruppe des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes und eine Subkommission der Eidgenössischen Kommission für die berufliche Vorsorge werden demnächst aufgrund der bestehenden Vorarbeiten sich konkret mit Vorschlägen für die erforderlichen Gesetzesänderungen befassen. Dabei wird im Rahmen der zweiten Säule vor allem die Überprüfung der Aufhebung des Verpfändungsverbotes gemäss Artikel 331 c Absatz 2 OR im Vordergrund stehen. Ferner ist aber auch zu prüfen, ob und in welchem Umfang die Vorsorgeeinrichtungen vermehrt in Form von Grundpfand-Darlehen den Versicherten für die Finanzierung ihres Wohneigentums unter die Arme greifen können. Der Bundesrat wird dem Parlament rechtzeitig eine entsprechende Vorlage unterbreiten. Die Kantone, die politischen Parteien sowie die weiteren interessierten Kreise konnten im letzten Jahr zu einem Entwurf über die Wohneigentumsförderung im Rahmen der gebundenen Selbstvorsorge (Säule 3a) Stellung nehmen. Angesichts der starken Opposition

vor allem seitens der Kantone wird dieser Entwurf zurzeit überarbeitet. Der Bundesrat geht davon aus, dass die Arbeiten in diesem Jahr abgeschlossen werden können.

3. Das Institut des Stockwerkeigentums hat sich grundsätzlich bewährt. Als junges Instrument des Sachenrechts fand es allerdings noch nicht die Verbreitung, die aus eigentums- politischer Sicht erwünscht ist. Es fehlen genauere Abklärungen über die Ursachen der im Vergleich zum Alleineigentum eher noch zaghaften Anwendung dieser Form des Grundeigentums. Der Bundesrat ist aber nicht der Meinung, dies sei eine Folge schlechter gesetzlicher Grundlagen. Das Zivilgesetzbuch sieht für die wesentlichen Fragen die nötigen Instrumente zur Verwaltung von Stockwerkeigentum vor. Die gesetzliche Regelung lässt differenzierte, gerechte Lösungen zu, die auf die jeweiligen besonderen Verhältnisse zugeschnitten sind. Die herrschende Meinung in der Literatur hält das Stockwerkeigentumsrecht denn auch gesamthaft gesehen für zweckmässig und nicht revisionsbedürftig. Die neuere Rechtsprechung des Bundesgerichts hat wichtige Fragen geklärt. Das Bundesgericht weist auf keine Probleme hin, die durch eine Revision gelöst werden müssten. Der Bundesrat hat deshalb nicht den Eindruck, dass mit einer Revision der fraglichen Gesetzesbestimmungen eine wesentliche Verbesserung erreicht würde. Im Rahmen seiner Möglichkeiten ist der Bundesrat bereit, die Information über das Stockwerkeigentum mitzutragen und zu verbessern. Denkbar wäre die Schaffung von Merkblättern für potentielle Erwerber sowie für Eigentümer, die beabsichtigen, ihre Liegenschaft in Stockwerkeigentum aufzuteilen. Der Bundesrat hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement damit beauftragt, konkrete Vorschläge zu den Eigentums- und Nutzungsrechten zu erarbeiten. Zu diesem Zweck wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich unter anderem auch mit der Frage von Mietervorkaufsrechten auseinandersetzen wird.

4. Nachdem das Parlament sich im Rahmen der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen für die Beibehaltung der Wohnbauförderung durch den Bund ausgesprochen hat, ist gegen eine Aufstockung des Fonds de roulement gemäss Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz grundsätzlich nichts einzuwenden, sofern nicht finanzpolitische Gründe bzw. die Verhältnisse auf dem Grundstücksmarkt dagegen sprechen. Den Förderungsmassnahmen des Bundes war bis anhin ein guter Erfolg beschieden, und das Instrumentarium hat sich bewährt. Vermehrte Leistungen des Bundes sind allerdings nur vertretbar, wenn sie von ähnlichen - freiwilligen - Anstrengungen der Kantone mitgetragen werden. Schriftliche Erklärung des Bundesrates Déclaration écrite du Conseil fédéral Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ueberwiesen als Postulat - Transmis comme postulat #ST# 88.409 Motion Berger Direktzahlungen an die Landwirtschaft Paiements directs dans l'agriculture Wonlaut der Motion vom 17. März 1988 Wir ersuchen den Bundesrat, Direktzahlungen an die Landwirtschaft ausschliesslich für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Bauernbetriebe einzusetzen und auf jede weitere Form von Direktzahlungen zu verzichten. Texte de la motion du 17 mars 1988 Nous invitons le Conseil fédéral à limiter le versement de paiements directs dans l'agriculture au seul but d'améliorer la compétitivité des petites et moyennes exploitations payannes et de renoncer à toutes nouvelles autres formes de paiements directs. Mitunterzeichner - Cosignataires: Aubry, Daepf, Frey Claude, Gros, Hess Otto, Jeanneret, Jung, Kohler, Leuba, Luder, Massy, Nebiker, Perey, Philipona, Rohrbasser, Sager, Savary-Fribourg, Savary-Vaud, Schwab, Wyss William (20)

23. Juni 1988 N 895 Motion Berger Schriftliche Begründung - Développement par écrit Le message sur le programme de législature propose de développer le système des paiements directs, voire des paiements directs généraux indépendants de la production. Nous nous y

opposons avec vigueur. Le versement de paiements directs dans l'agriculture engendre un état de dépendance grave pour les bénéficiaires. Ils sollicitent exagérément la participation de la caisse fédérale. C'est en mettant notamment l'accent sur la recherche, la formation et l'information professionnelle, par la couverture des coûts par les prix ainsi que par des mesures d'entraide professionnelle que nous atteindrons les objectifs de la politique agricole. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 6. Juni 1988 Rapport écrit du Conseil fédéral du 6 juin 1988 Le Conseil fédéral partage l'avis du motionnaire selon lequel l'amélioration des structures et des bases de la production au sens large (recherche, formation, vulgarisation), l'entraide professionnelle, la garantie des prix et des débouchés y compris la protection à la frontière demeurent les mesures les plus importantes pour atteindre les objectifs de notre politique agricole. Les paiements directs doivent remplir un rôle complémentaire. Ces intentions ont été clairement définies dans le Sixième rapport sur l'agriculture et dans le Rapport sur le programme de législature 1987-1991. Au sens large, la notion de paiements directs recouvre, comme l'indique le tableau annexé, un ensemble de mesures aux objectifs très diversifiés, à savoir principalement: - la compensation des handicaps naturels des régions des collines et de montagne; - les prestations de caractère social; - les aides aux petites et moyennes exploitations; - l'orientation de la production; - d'éventuelles compensations aux limitations de productions agricoles consécutives à la protection de l'environnement. Le Rapport sur le programme de législature indique notre intention de développer le système des paiements directs selon les besoins. Il n'est nullement question de remplacer la politique des prix par des paiements directs généralisés. En outre, le Conseil fédéral ne peut accepter cette motion en tant que telle principalement pour les raisons suivantes: - La question des paiements directs fait actuellement l'objet d'une étude de la commission instituée en juillet 1987 par le Département fédéral de l'économie publique. Cette dernière est aussi chargée de trouver une solution globale et durable sur une nouvelle base juridique, qui remplacerait les contributions aux détenteurs d'animaux limitées à cinq ans. Il est important que la commission puisse terminer ses travaux et présenter des solutions sans être limitée d'avance. - De larges milieux demandent l'introduction de paiements directs pour encourager la conservation d'espaces écologiques et éventuellement pour promouvoir une agriculture douce. Plusieurs initiatives parlementaires vont dans la même direction. Certains cantons ont déjà ou sont en voie de verser des contributions dans ce but. La Confédération pourrait être appelée à fixer le cadre légal de ces aides. - Le texte de la motion est trop restrictif, dans le sens qu'il veut limiter le versement de paiements directs dans l'agriculture au seul but d'améliorer la compétitivité des petites et moyennes exploitations paysannes. Par l'acceptation de la motion, notre champ d'action se trouverait fortement limité, car les autres mesures en place doivent pouvoir être adaptées aux modifications de la situation de notre agriculture.

Paiements directs à l'agriculture* visant tous les objectifs de politique de revenus, classés selon d'autres affectations

Dépenses en millions de francs pour 1 .

Compensation de conditions de productions difficiles (en particulier régionales)

1.1 Contributions aux frais des détenteurs de bétail des zones de montagne et collines

1.2 Contributions pour les participants aux services de la vulgarisation animale en régions de montagne

1.3 Contributions à la surface pour l'exploitation agricole du sol dans les conditions difficiles et contributions d'estivage

1.4 Primes de culture pour céréales fourragères, suppléments pour conditions de production difficiles

1.5 Subsidés à la production de céréales panifiables dans les zones de handicaps

1.6 Contributions à la culture de pommes de terre en régions de montagne et sur les terrains en forte pente

2. Allocations familiales aux petits paysans et

aux travailleurs agricoles 3. Contributions aux détenteurs d'ani- maux pour les petites et moyennes exploitations paysannes (art. 19c LAgr) 4. Pour orientation de la production 4.1 Primes de culture pour céréales fourragères, prime de base 4.2 Contributions aux détenteurs de vaches dont le lait n'est pas commercialisé Total Compte 1987 381,2 201,9 15,5 108,0 30,4 20,6 4,8 96,6 — 197,3 113,5 83,3 675,1 Budget 1988 408,3 210,0 15,0 128,0 29,9 20,6 4,8 103,4 90,0 208,3 117,3 91,0 810,0 * Sans les paiements prévus aux art.18c/18d LPN Schriftliche Erklärung des Bundesrates Déclaration écrite du Conseil fédéral Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat. Ueberwiesen aïs Postulat - Transmis comme postulat

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Motion Berger Direktzahlungen an die Landwirtschaft Motion Berger Paiements directs dans l'agriculture In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1988 Année Anno Band II Volume Volume Session Sommersession Session Session d'été Sessione Sessione estiva Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 14 Séance Seduta Geschäftsnummer 88.409 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 23.06.1988 - 08:00 Date Data Seite 894-895 Page Pagina Ref. No 20 016 419 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.